
1382/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 08.03.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausreichende Finanzierung der Familienberatungsstellen

Familien gehören zu den am stärksten betroffenen Gruppen in der Krise. Sie müssen jeden Tag den Balanceakt zwischen Homeschooling, Homeoffice, Erziehung und Haushalt schaffen. Das Leben im Lockdown wird für viele Familien zur Belastungsprobe. Die Konflikte nehmen zu, die Zahl der Fälle von Gewalt in Familien steigt. Gewalt an Kindern beispielsweise hat während der CoV-Krise in Oberösterreich um 49% zugenommen (1). Die Umstände zeigen, dass in vielen Fällen die Perspektiven und Hoffnungen ausbleiben. Expert_innen gehen davon aus, dass der Druck in den Familien weiterhin zunehmen wird. Mit der Folge, dass, wenn der Druck steigt, auch Konflikte zunehmen und das in Folge auch vermehrt zu Trennungen, zu Scheidungen sowie zu gewalttätigen Situationen führt. Eine wichtige Rolle spielen hier die Familienberatungsstellen. Schon vor der Covid-Pandemie leistete die Familienberatung mit ihren rund 400 Familienberatungsstellen einen unverzichtbaren und unermesslich wertvollen Beitrag für die psychosoziale Gesundheitsversorgung von Familien in Österreich. In Zeiten der Covid-Pandemie steht die Familienberatung vor außergewöhnlichen Herausforderungen und leistet einen wichtigen, systemrelevanten Beitrag. Mit der Dauer der Pandemie und den behördlichen Maßnahmen sowie den einschneidenden Veränderungen schwinden die persönlichen Ressourcen zunehmend und viele Menschen und Familien stoßen an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit. Die Familienberatung in diesen Zeiten nicht ausreichend zu fördern, ist daher verantwortungslos. Denn bereits vor der Krise mangelte es der Familienberatung an finanziellen Mitteln.

Quellen:

<https://ooe.orf.at/stories/3085573/>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche eine Erhöhung der Förderungen auf 15 Millionen Euro für die Familienberatungsstellen vorsieht."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Familie und Jugend vorgeschlagen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.